

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 7-8

Artikel: Existenzsicherndes Grundeinkommen statt Armut
Autor: Prelicz-Huber, Katharina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es hörte sich gut an, das UNO-Millenniumsziel, das sich die Staaten der Welt gesetzt hatten: Bis im Jahre 2015 soll die Zahl der Hungernden und in extremer Armut Lebenden halbiert werden. Warum eigentlich nur halbiert? Es wären genügend Güter für alle vorhanden! Trotz diesem Ziel hat sich die Armut weltweit drastisch ausgeweitet. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter: 1 Prozent der Reichsten besitzt mittlerweile mehr als die 99 Prozent Restlichen zusammen. Auch in der reichen Schweiz sind gegen 900 000 Menschen so arm, dass sie Hilfe vom Sozialstaat benötigen – mit steigender Tendenz.

Von Armut betroffen sind hierzulande vor allem Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Langzeiterwerbslose oder Working Poor, also Menschen, die trotz Erwerbsarbeit ihre und die Existenz ihrer Familie nicht decken können. Jedes siebte Kind wächst in Armut auf. Armut belastet, zermürbt, grenzt aus, führt zu Streitigkeiten und endet oft in Gewalt oder Kriminalität. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Mit dem Grundeinkommen der Armut begegnen

Mit einem bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommen für alle, welches die elementaren Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Teilnahme abdeckt, könnte der Armut effektiv begegnet werden. Selbst das Bundesgericht anerkennt, dass die Existenzsicherung die Bedingung menschlicher Entfaltung überhaupt bilde und unentbehrlicher Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens sei. Zudem werden durch eine genügende Existenzsicherung der Bevölkerung und ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soziale Unruhen verhindert.

Das will die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öf-

Existenzsicherndes Grundeinkommen statt Armut

Mit einem bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommen für alle, welches die elementaren Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Teilnahme abdeckt, könnte der Armut effektiv begegnet werden



fentlichen Leben ermöglichen. Nach Bundesgericht heisst dies heute etwa 2500 Franken pro Person und gemäss Initiativen pro Kind zusätzlich die Hälfte.

Ein Grundeinkommen beruht auf der Idee der gleichberechtigten und sozio-ökonomischen Unabhängigkeit aller BürgerInnen: Mit der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Lebensunterhalt fallen die Existenzängste weg. Das Neue ist die Freiheit, die durch die Bedingungslosigkeit gewährt wird. Nicht die Leistungslosigkeit, die damit einzöge, sondern die höhere Leistungsmöglichkeit und die mit der Grundsicherung abgesicherte Flexibilisierung in Arbeit und Lebensläufen. Die finanzielle Souveränität eröffnet Freiräume, nach Wunsch, Neigung und Fähigkeit die Gesellschaft und das Arbeitsleben mitzugestalten – ob weiterhin als Angestellte in einem Betrieb, als selbständig Erwerbende oder als solidarisch Tätige, was in einer Demokratie von grosser Bedeutung ist. Die Existenz von Kunstschaffenden wäre gedeckt und der Mut, eine eigene Geschäftsidee umzusetzen, würde deutlich steigen.

Menschen wollen arbeiten

Wer denkt, dass mit dem Grundeinkommen niemand mehr arbeiten würde, irrt. Menschen wollen arbeiten, etwas Sinnvolles in ihrem Leben tun, auch ohne Zwang und Existenzdruck. Über die Arbeit erwachsen soziale Kontakte, sie ist sinn- und identitätsstiftend. Arbeitgebende wären aber gefordert, anständige Bedingungen für alle zu schaffen, weil die Existenzsicherung als Jobmotor nicht mehr greift. Ein wirksames Mittel gegen prekäre Arbeitsplätze! Die meisten Menschen wünschen sich zudem einen Lebensstil über dem Existenzminimum und würden damit weiter arbeiten, aber vielleicht etwas weniger als heute. Wenn man bedenkt, dass stressbedingte Krankheiten stark zunehmen, kann dies nur begrüsst werden. Dazu schafft es zusätzliche Arbeitsstellen.

Menschen wollen nicht nur frei sein,

sie sind auch bedürftig. Kaum ein Baby hätte überlebt, wenn es nicht die gratis geleistete Betreuungsarbeit der Frauen gäbe. Ihnen gibt ein Grundeinkommen deutlich mehr Souveränität, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Damit ist noch längst keine faire Bezahlung der Care-Arbeit oder eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit auf beide Geschlechter erreicht, aber die schlimmsten Auswirkungen gemildert und eine neue, unabhängigere Ausgangslage geschaffen. Männer hätten keine Ausreden mehr, Haus- und Erziehungsarbeiten nicht zu übernehmen!

Ein existenzsicherndes Grundeinkommen – und das muss es zwingend sein – ist ohne Sozialabbau finanzierbar, wenn der politische Wille dazu da ist. Entfallen doch nicht zuletzt die Sozialhilfeleistungen, ein Teil der Sozialversicherungen, hohe Verwaltungs- und Rechtskosten und gewisse Lohnanteile. Entfallen würde auch der entwürdigende Gang auf die Fürsorge.

Der zukunftssträchtige Gesellschaftsvertrag braucht eine Chance

Umgesetzt ist die Idee bereits mit der AHV, die allen alten Menschen gleichermaßen zugute kommt, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind. Das Modell könnte ohne viel Aufwand auf alle ausgeweitet werden. Die AHV baut auf dem Solidaritätsgedanken und trägt durch die progressive Finanzierung zur gerechten Umverteilung bei.

Das Grundeinkommen deckt nur die Existenzsicherung ab. Zusätzliche Leistungen wie etwa bei IV, ALV oder Pensionskasse bleiben bestehen. Sozialabbau ist nicht das Ziel. Neoliberale Kräfte, die das wollen, müssen vehement bekämpft werden!

Geben wir diesem zukunftssträchtigen Gesellschaftsvertrag eine Chance. Es kann nicht sein, dass Millionensälare bezahlt und Banken mit Milliarden gestützt werden, während die Existenz für alle nicht gesichert ist! ●

*Katharina Prelicz-Huber ist Sozialarbeiterin, Professorin an der Fachhochschule Luzern; sie ist Präsidentin des VPOD und war Gemeinde-, Kantons- und Nationalrätin der Grünen.
k.prelicz@sunrise.ch*